

Schweiz: Wil erwägt Kündigung polnischer Städtepartnerschaft

Die polnische Gemeinde Dobrzen Wielki diskutiert darüber, sich als sogenannte LGBT-freie Zone auszurufen. Die Juso des Kantons St.Gallen forderte die Stadt Wil auf, sich deutlich zu distanzieren. Gemäss Stadtpräsidentin Susanne Hartmann seien erste Abklärungen in die Wege geleitet worden.



Beschaulich, ländlich, malerisch: Dobrzen Wielki ist eine 4'500-Seelen-Gemeinde im Südwesten Polens, 200 Kilometer von der Grossstadt Krakau und 1'000 Kilometer von Wil entfernt, Dobrzen Wielkis Partnerstadt in der Schweiz.

Die Website zeigt ein Örtchen in einer grünen, landwirtschaftlich genutzten Umgebung. Unter der Rubrik «It is worth seeing» ist eine Sitzbank in einem Park zu sehen, die Kirchen im Dorf, der Kern des Städtchens.

Hundert Gemeinden als LGBT-freie Zone

Doch die Idylle trägt. Gross-Döbern, wie das Dorf auf Deutsch heisst, diskutiert derzeit darüber, ob man sich als sogenannte LGBT-freie Zone ausrufen lassen will. Die Gemeinde würde damit explizit gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender Stellung beziehen. In Polen haben das bereits rund 100 Gemeinden gemacht, wie der «Atlas des Hasses» zeigt, eine Online-Übersicht, auf der polnische Aktivistinnen und Aktivisten die diskriminierenden Entwicklungen festhalten.

Juso erwartet klare Distanzierung

Nachdem sich vergangenen Dezember bereits das Europäische Parlament mit dieser Entwicklung auseinandergesetzt und die Bildung solcher Zonen verurteilt hat, erreicht die Debatte nun Wil. In markigen Ton fordert die Juso des Kantons St.Gallen: «Keine Partnerschaft mit homophoben Arschlöchern!» Falls sich Dobrzen Wielki tatsächlich zu einer solchen homo- und transphoben Zone ausrufen lasse, müsse die Stadt Wil ihre Partnerschaft mit der Gemeinde sofort beenden, schreibt die Partei.

Der Medienmitteilung geht eine Stellungnahme der Stadtpräsidentin Susanne Hartmann auf der Internetplattform gay.ch voran, die auch den Auslöser der Juso-Mitteilung bildete. Sollte die polnische Gemeinde tatsächlich eine LGBT-freie Zone werden, erklärt Hartmann dort, werde man das «natürlich auch verurteilen und wohl entsprechende Konsequenzen ziehen».

Für die Jungsozialisten sind diese Formulierungen zu vage. Timo Räbsamen, Präsident der Juso des Kantons St. Gallen, sagt auf Anfrage: «Wir erwarten von der Stadt eine klare Aussage, dass sie die Partnerschaft kündigt, wenn dieser Fall einträte.»

Ausserdem solle Wil bereits jetzt mit der Partnergemeinde Kontakt aufnehmen und deutlich machen, dass man diese Entwicklung nicht dulde. Kündigte Wil die Partnerschaft, sei dies auch ein starkes Zeichen der Unterstützung für die LGBT-Community.

Der drastische Ton der Pressemitteilung und die geforderte klare Distanzierung sind für Räbsamen denn auch angebracht. «Es geht letztlich um eine menschenfeindliche Politik, die zu Ausgrenzungen, Gewalt und Suiziden führt. Es geht um Menschenleben.»

Diskussionen und Abklärungen im Gange

Auf Nachfrage der «Wiler Zeitung» findet Stadtpräsidentin Susanne Hartmann deutlichere Worte als noch vor einigen Tagen auf der Plattform gay.ch. Hartmann: «Für mich persönlich wäre das ein Grund, die Städtepartnerschaft aufzulösen.»

Sie fügt hinzu: «Die Diskussion müsste aber natürlich noch geführt werden.» Denn über eine allfällige Auflösung der Städtepartnerschaft entscheidet letztlich der Stadtrat. Angesichts der politischen Veränderungen in Dobrzyń Wielki in den vergangenen Jahren stelle man aber Überlegungen darüber an, wie die Städtepartnerschaft in Zukunft aussehen soll. Hartmann sagt weiter: «Diese Diskussionen laufen und erste Abklärungen wurden in die Wege geleitet.» Bestandteil der laufenden Abklärungen sei auch, was aktuell der Stand der Debatte um die LGBT-freie Zone in Dobrzyń Wielki sei. Viel scheint für Wil bei einer Kündigung aber nicht auf dem Spiel zu stehen. Die Städtepartnerschaft beinhaltet vor allem eine freundschaftliche Verbindung mit einem entsprechenden regelmässigen Austausch, schreibt Hartmann.

So reiste im Oktober des vergangenen Jahres eine Delegation der Stadt nach Polen. «Traditionellerweise würde ein Treffen zwei Jahre später in Wil stattfinden», sagt Hartmann. Ob es im nächsten Jahr dazu kommen wird, wird sich zeigen.

Städte in Deutschland reagieren anderweitig

Stendal, seit 1999 Partnerstadt von Pulawy, steht nach eigener Aussage für Vielfalt und Toleranz. Eine Belastungsprobe für die Beziehung. Stendal bedauere, so ein Sprecher, den homophoben und transsexuellen Beschluss in Pulawy, sie hätten ihn schriftlich angefordert und lassen ihn nun prüfen. Das Ende einer Städtepartnerschaft sei aber unrealistisch und würde gegenseitiges Verständnis erschweren.

Ähnlich sieht es auch der Freistaat Thüringen, der seit über 20 Jahren eine Partnerschaft zur Woiwodschaft Kleinpolen pflegt. Der südliche Verwaltungsbezirk, in dem auch Krakau liegt, ist nun ebenfalls LGBT-freie Zone. Kleinpolen habe damit zwar die gemeinsame Wertebasis verlassen, teilte Thüringens Regierung in einem Schreiben an MDR AKTUELL mit, ein Abbruch der Beziehung seien derzeit aber kein Thema, und weiter: "Vielmehr soll es darum gehen, in einen Dialog zu Fragen der Menschenrechte, Freiheit und Selbstbestimmung im Sinne des EU-Vertrags und der EU-Grundrechtecharta einzutreten, die im EU-Mitgliedsland Polen ebenso gültig sind und Anwendung finden sollten."

Dialog statt erhobener Zeigefinger

Auf Gespräche setzt auch die Stadt Weimar, die mit Zamosc ebenfalls eine LGBT-freie Partnerstadt hat. Richtig so, sagt FDP-Politiker Alexander Müller. Er ist Mitglied der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe, die sich um Kontakte zum Nachbarn bemüht. Mit Sorge beobachtet auch er die demokratiefeindlichen Entwicklungen im Nachbarland, aber: "Man muss sehr vorsichtig sein, mit dem erhobenen Zeigefinger im Ausland herumzulaufen. Das ist gerade vor dem Hintergrund der deutsch-polnischen Geschichte schwierig." Gemeint sind die schweren Verbrechen der Nazis im besetzten Polen.

Mehr Jugendaustauschprogramme statt Homophobie

Müller glaubt, homophobe Aussagen müssen argumentativ widerlegt werden. Immer wieder würden auf seinen Polen-Reisen Menschen behaupten, es sei unnatürlich, Sex zu haben, wenn dabei kein Kind gezeugt werden könne. Oft stelle er dann die Frage, ob er oder sie nicht auch schon mal verhütet

habe. "Dann frage ich, was denn daran jetzt natürlicher ist. Das wird er Ihnen natürlich verneinen. Da machen Sie ihn nachdenklich."

Ein Abbruch der Partnerschaften von Städten könne für ihn deshalb keine Lösung sein. Im Gegenteil: Es brauche mehr Jugendaustauschprogramme, mehr politische Kontakte nach Polen, so Müller. Auch, um die progressiven Kräfte zu stärken, die unter den Diskriminierungen in den LGBT-freien Zonen leiden.

Nachtrag vom 12.3.2020: Polnische Partnergemeinde sei keine «LGBT-freie Zone»

Piotr Szlapa ist irritiert, Wil überrascht, die Gay-Community erfreut. Szlapa ist Bürgermeister der beschaulichen 4'500-Seelen-Gemeinde Dobrze Wielki im Südosten Polens, 200 Kilometer von Krakau entfernt. Der Vorwurf homophober Tendenzen in seiner Gemeinde, am lautesten geteilt von der Juso des Kantons St.Gallen, veranlasste ihn zu klaren Worten in Richtung der Stadt Wil: «Wir widersetzen uns jeglichen Schritten, die zu einer Ausgrenzung von Mitmenschen führen.»

Und nun ist Post aus Polen eingetroffen. Dobrze Wielki sei eine «freundliche und für alle Menschen offene Gemeinde, unabhängig von deren Herkunft, Religion, politischen Ansichten sowie sexueller Orientierung», schreibt Bürgermeister Szlapa. Die Einführung von LGBT-freien Zonen sei von der Gemeinde «niemals in Betracht gezogen» worden. «Als Gemeindeverwaltung und Gemeinderat distanzieren wir uns deutlich von jeglichen homophoben Verhaltensweisen.»

Auch die Wiler SVP-Stadtparlamentarierin Ursula Egli hat sich in die Debatte eingeschaltet. In einer Anfrage an den Stadtrat plädiert sie dafür, den Dialog zu suchen statt die Partnerschaft aufzukünden, und äussert ihr Unverständnis über die unterstellten diskriminierenden Entwicklungen in der polnischen Gemeinde: «Wer schon das Glück hatte, bei einem Besuch in Dobrze Wielki dabei zu sein, weiss, was die Bewohner dieser Gemeinde uns an Gastfreundschaft bieten. Wir Schweizer können uns eine grosse Scheibe davon abschneiden.»

Was ist passiert? Auf der Internetplattform Atlas des Hasses markieren polnische Aktivistinnen und Aktivisten alle Gebiete rot, die sich als LGBT-freie Zone ausgerufen haben. Eine Fläche so gross wie Ungarn gibt sich bereits offen homophob und transphob. Gelb hinterlegt sind Gebiete, in denen gemäss dem Atlas entsprechende Debatten laufen oder sogar Lobbying betrieben wird. Dobrze Wielki ist gelb eingezeichnet, anscheinend zu Unrecht.